

Daten & Fakten

***ALTERSENTWICKLUNG
UND PENSIONS-
FINANZIERUNG***

***STAATLICHE PENSIONEN,
DIE DEN LEBENSSTANDARD
SICHERN, SIND FINANZIERBAR!***

Stand: Dezember 2008

AK
Oberösterreich

Finanzmarktkrise zeigt: Nur das öffentliche Pensions-system kann sichere Pensionen garantieren.

Weniger Geburten, steigende Lebenserwartung und damit zunehmender Anteil der Alten: Die demografische Entwicklung wird immer wieder benutzt, die Nicht-Finanzierbarkeit der staatlichen Pensionen zu behaupten. Jung und Alt werden gezielt verunsichert, um sie in private Vorsorge zu treiben. Eine weitere Verlagerung der Pensionsfinanzierung vom Umlageverfahren auf „kapitalgedeckte“ private Altersvorsorge ist der falsche Weg.

Unsichere Langzeitprognosen werden für politische Propaganda und Geschäftsinteressen missbraucht!

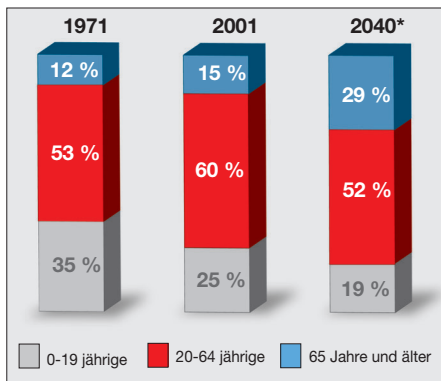
UNSICHERE PROGNOSEN

Die Finanzierbarkeit der Pensionen wurde und wird mit demografischen Horrorszenarien immer wieder infrage gestellt. Über lange Zeiträume sichere Prognosen über die Bevölkerungsentwicklung zu erstellen, ist jedoch unmöglich. Daher müssen sie auch immer wieder revidiert werden.

ERWERBSTÄTIGE VERSORGEN JUNGE & ALTE

Selbst nach diesen Prognosen wird aber in ÖÖ der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter im Jahr 2040 mit 52 Prozent etwa gleich hoch sein wie 1971!

Bevölkerung nach Altersgruppen



Quelle: Hauptverband der SV-Träger 2008, Statistik Austria, *Prognose

Trotz längerem Pensionsbezug und längerer Ausbildungszeit der Jungen ist das System nicht zusammen gebrochen!

Der Teil davon, der tatsächlich erwerbstätig ist, muss das Auskommen für die Jungen, die Alten und die anderen Nicht-Erwerbstätigen erwirtschaften. Das ist und war in allen Gesellschaften und Pensionssystemen so!

Private Pensionssysteme lösen kein Problem.

Das gilt nicht nur für das staatliche Umlageverfahren, sondern auch für private „kapitalgedeckte“ Verfahren. Auch die privaten Pensionen werden aus dem zukünftigen Volkseinkommen des jeweiligen Jahres bezahlt – egal ob über Versicherungen („Zukunftsvorsorge“ etc.), Fonds, Pensionskassen oder Grundstücke vorgesorgt worden ist.

Die Mittel für die Pensionen sind leichter aufzubringen, wenn möglichst viele im erwerbsfähigen Alter arbeiten: wenn also die Erwerbsquote der Frauen möglichst hoch ist bzw. Ältere, die arbeiten wollen, auch noch arbeiten können. Dafür müssen jedoch entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen werden: wie bspw. bedarfsgerechte und leistbare Kinderbetreuungsangebote, altersgerechte Arbeitsplätze etc. Zudem sollen die Arbeitnehmer/-innen über faire Löhne und Gehälter am Wohlstand teilhaben.

„PENSIONSLASTQUOTE“

Wie viele Pensionisten/-innen auf 1000 Versicherte kommen, zeigt die sogenannte Pensionslastquote:

1980	1995	2000	2007
478	568	596	601

Relevant ist das Verhältnis von Erwerbstätigen zu Pensionist/-innen.

Der stärkere Anstieg in den 1980er-Jahren wurde vom System problemlos verkraftet. Horrorprognosen traten nicht ein. In den letzten Jahren stagnierte die Pensionslastquote. Entscheidend für die Entwicklung ist neben der Zunahme der Zahl der Pensionsbezieher/-innen, vor allem die Zahl der Beschäftigten.

PENSIONSAUSGABEN

Trotz demografischer Entwicklung werden die Ausgaben der gesetzlichen Pensionsversicherung in den nächsten Jahren nicht explodieren. Die Pensionen sind somit nachhaltig finanzierbar.

Gesamtausgaben der Pensionsversicherung in % des BIP

2006	2015	2025	2035	2045	2050
10,3	10,6	11,8	12,5	11,8	11,6

Quelle: Kommission zur langfristigen Pensionssicherung
Bericht für den Zeitraum 2007 bis 2050, Feb. 2008

BUNDESBEITRAG ZU DEN PENSIONEN

2007 wurden rund 80 % der ausbezahlten Pensionen (€ 28,6 Mrd.) durch Beiträge der Versicherten aufgebracht. Der Bundesbeitrag (Ausfallhaftung des Bundes) betrug rund € 4,7 Mrd. (ohne Ausgleichszulagen etc.). Das sind nur 1,7 % des BIP. Der Bundesbeitrag zu den einzelnen Pensionsversicherungen ist äußerst ungleich verteilt:

Pensionsversicherung	Bundesbeitrag in % der Pensionen 2007
Arbeitnehmer/-innen	13,5 %
Gewerbe	32,5 %
Bauern/Bäuerinnen	80,1 %

Quelle: Hauptverband der SV-Träger 2008

PENSIONSREFORMEN 2003 UND 2004

Diese Reformen brachten unter dem Vorwand der „nachhaltigen Pensionssicherung“ massive Einschnitte für die Arbeitnehmer/-innen. Dadurch wurde das Pensionsniveau erheblich reduziert und das Pensionsantrittsalter wesentlich erhöht.

DIE AK OÖ FORDERT DAHER

- Die Altersvorsorge darf nicht vom Finanzmarkt abhängen: Erhalt des öffentlichen Umlagesystems und ausreichend Bundesmittel statt Subventionierung privater Systeme.
- Anhebung der Frauenerwerbsquote z.B. durch an den Bedarf berufstätiger Eltern angepasste und leistbare Kinderbetreuungseinrichtungen.
- Die Unternehmen müssen Ältere vermehrt beschäftigen. Für Gesundheit und Qualifikation sind in den Betrieben verstärkt Maßnahmen zu setzen.
- Sozial gerechte jährliche Pensionsanpassungen.
- Unbefristete Fortführung des abschlagsfreien Zugangs zur Pension mit 55 bzw. 60 Jahren für Frauen/Männer nach 40/45 Versicherungsjahren. Auch Zeiten der Arbeitslosigkeit sind zu berücksichtigen.
- Verbesserung der Schwerarbeitspension z.B. Zugang für Frauen ab 55 Jahren, keine Abschläge, Erweiterung des Schwerarbeitskatalogs.



**PENSIONEN VON DEN KAPITAL-
MÄRKTEN ABHÄNGIG ZU MACHEN
IST UNVERANTWORTLICH!**

**AK-Präsident
Johann Kalliauer**

”

**Zentral für die nachhaltige
Finanzierung der Pensionen ist die
Entwicklung von Wirtschaft, Einkommen
und Beschäftigung.**

“

Impressum:

Medieninhaberin und Herausgeberin:

Kammer für Arbeiter und Angestellte für OÖ, Volksgartenstraße 40, 4020 Linz.

Hersteller: new typeshop Linz, Direkta Linz

P.b.b. Erscheinungsort Linz, Verlagspostamt 4020, AK-Informationsblatt der
Kammer für Arbeiter und Angestellte für OÖ, Nr. 205/2008, GZ 02Z033937 M,
DVR 0077747